

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsort: Sehr. Reichh., Dresden
und Sächsische Staatsdruckerei

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Koch der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Eingelassener 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibweise: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Er-
scheinung nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Korrespondenzzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietschwer-
40 Proz. Rabatt. Für Beilagenbelegung 10 Pf.

Nr. 162

Dresden, Donnerstag den 15. Juli 1926

37. Jahrg.

Haben wir eine Reichsregierung?

Der Reichstag hat es vorgezogen, sich bis zum 2. November zu vertagen. Die Reichsregierung existiert zwar dem Namen nach, von ihrer Tätigkeit hört man nichts. Auf die Veröffentlichung verschiedener Rechtsblätter über die Notizen des Generals Walch betreffend Entlassungsmöglichkeiten und die Stellung des Generals Seekt erfährt man jetzt, daß das Kabinett Ende der Woche die Absicht habe, in eine Aussprache über diesen Rollenwechsel einzutreten und danach eventuell weitere Schritte zu unternehmen. Inzwischen bezieht die Rechtspresse die Veröffentlichungen weiter zu dem einzigen Zweck, zu dem sie überhaupt erfolgt sind, zur Debatte gegen die Linke. Schon in den ersten Meldungen der angeblichen Pariser und Brüsseler Korrespondenten hieß es, daß diese Notizen offenbar nur möglich geworden seien, weil die deutsche Linkspresse durch ihre Veröffentlichungen über die Verhältnisse der Reichswehr an diesen Wochenenden den französischen Generalen einen billigen Vorwand für ihre neuen schändlichen Maßnahmen gegeben habe. Diese Korrespondenten haben natürlich in Berlin in den Redaktionsbüros der Rechtsblätter gelesen. Wenn überhaupt innerpolitische Kombinationen für die neuen Funktionen des Generals Walch in Betracht kommen, dann sind es wohl nur die Reibungen, die auch in Frankreich nach bewährtem deutschen Muster zwischen den Generalen und der stillen Regierung bestehen. Daß die deutsche Linkspresse den französischen oder englischen irgend etwas mitteilt, was diesen nicht längst bekannt sei, ist eins der beliebtesten Argumente aus der Zeit der Genemorde, der Landesverratsprozesse. Das Argument ist übrigens so dumm, daß es selbst in den Redaktionen der Rechtsblätter nicht mehr glaubt wird.

Gerade die Rechte, die so sehr nach „nationaler Einheit“ gegen den auswärtigen Feind“ schreit, benutzt diese Auseinandersetzungen stets nur, um innerpolitische Geschäfte mit ihnen zu machen. Selbst die Tägliche Rundschau sieht sich deshalb genötigt, sehr deutlich zu werden. Sie schreibt:

Für die Politik der Kreuzzeitung ist es überaus bezeichnend, daß sie den Fall dazu benutzt, um die „himmlische Cocarnu- und Völkerbundatmosphäre“ zu beschöpfeln und herabzusetzen. Und alle, die ihr auf diesem Gebiete nicht folgen, als die „Lumpen“ im Lande der „Schlafschheit“ zu bezeichnen. Die überhebliche Art der Kreuzzeitung, sich in der eigenen „Richtigkeit“ zu bespiegeln und den anderen „Schlafschheit“ vorzuwerfen, erschwert die notwendige Zusammenarbeit der Parteien außerordentlich.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Generale der Kontrollkommission die Verhandlungspolitik der maßgebenden Staatsmänner durch Sonderaktionen zu konterkarieren suchen. Alle diese Versuche sind bisher gescheitert, und auch dieser letzte Versuch wird ihnen keinen Erfolg bringen. Dazu

gehört aber, daß die deutsche Reichsregierung auf dem Posten ist. Die Art der Veröffentlichung dieser Notizen, die nur durch irgendwelche Beziehungen zum Reichswehrministerium erfolgt sein kann, zeigt wie sich die Reaktionen und Willkür, mögen sie sich sonst noch so freundlich gegenüberstellen, die Fälle gegenseitig zuwerfen.

Die Reichsregierung würde auch leicht für ihre Beratungen in der Kabinettsitzung noch mancherlei Stoff vorfinden. So hat das Reichsgericht entgegen den in öffentlicher Reichstagsitzung verkündeten Intentionen der Reichsregierung sich für berechtigt gehalten, die Verhandlung über die Genemorde bei der Revision des Wuppertalprozesses Konner unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu erledigen, weil angeblich die Staatsicherheit gefährdet sei. Diese Begründung des Reichsgerichts ist nichts anderes als ein Schlag gegen die Politik der Reichsregierung. Sie gipfelt davon, wie sehr deutsche Richter in ihren politischen Handlungen sich von den Wünschen und Absichten reaktionärer Verbände beeinflussen lassen.

Vielmehr nimmt die Reichsregierung auch Gelegenheit, sich mit dem Verbot des Potemkin-Films zu beschäftigen. Wir können nicht annehmen, daß bei einer Reihe der Mitglieder des Kabinetts der letzte Hauch von Reichswehrgenossen verhauchelt sein sollte. Man könnte sich nicht vorstellen, daß sie sich hier um den Kampf um ein Prinzip. Haben wir eine verfassungsmäßig garantierte Freiheit der Propaganda für alle politischen Auffassungen oder nicht? Ist die staatliche Filmzensur ein politisches Instrument oder nicht? Man entgegnet dem modernen Weltbild des Gesetzes ein unerwartetes erklärendes Manöver, das Millionen beunruhigt hat, verboten werden, weil seine Tendenzen bestimmten reaktionären Kreisen nicht paßt? Oder sollte etwa das Reichsamt des Oberregierungsrate Küppers vom Reichsinnenministerium für die politischen Kabinettsmitglieder maßgebend sein? Der Kampf um das Prinzip der Freiheit gegen jede politische Zensur ist durch das Potemkin-Verbot eröffnet. Die Reichsregierung würde auf ihn, wenn sie durch geeignete Maßnahmen dafür sorgen würde, daß verfassungsmäßige gewählte Rechte nicht von irgendwelchen Parteifunktionären in untergeordneten Positionen mit einer Handbewegung beiseitegeschoben werden.

Während der Reichstag sich in Ferien befindet, werden seine Funktionen im sogenannten Ueberwachungs- und Aufsichtsausschuss ausgeübt. Wird dieser Ueberwachungs- und Aufsichtsausschuss in Tätigkeit treten, wenn sich in der deutschen Politik weiter die gleiche Direktionslosigkeit zeigt, die man seit der Vertagung des Reichstages mit Verdrüßem hat feststellen müssen? Man kann vielleicht noch die Beratungen des Kabinetts und ihre Ergebnisse abwarten, aber dann wird sich auch der Reichstag selber sagen müssen, daß, wenn die Reichsregierung verlor, er das berufene Organ ist, um nach dem Rechte zu sehen.

Die Gefahren des internationalen Sentrismus

Von Hans Zander

Wir Sozialisten betrachten als eine der Grundfragen der politischen Wissenschaft die Feststellung, daß die wirtschaftlichen Grundlagen und Vorgänge das politische Geschehen bestimmen. Nun kommt es freilich weniger als auf das Wissen um diesen Zusammenhang im praktischen politischen Leben auf die Anwendung dieser Erkenntnis gegenüber den Ereignissen des Weltmarktes an. Uns will scheinen, als beunruhigten die letzten rein parlamentarischen Vorgänge den- noch ausschließlich die Aufmerksamkeit sozialistischer Politiker. Wichtige — sehr zu Murede — die diesen vorausgehenden ökonomischen Faktoren nicht mit der ihnen gebührenden Aufmerksamkeit gewürdigt werden.

Ganz besonders scheint dies uns zuzutreffen bei den Bemühungen der Schwerindustrie um das Zustandekommen eines zentralen europäischen Montantraktats. Gedanken, wie „Pan-Europa“, Europäische Union, wie überhaupt des wirtschaftlichen Zusammenrückens der europäischen Staaten, sind ja in den letzten Jahren populär geworden, und so bringt man ohne tieferes Nachdenken nur zu leicht die virenten Bestrebungen zum internationalen Zusammenrücken in direkten Zusammenhang mit der erwünschten Konzentration auf sozialer Grundlage. Da zur Zeit wieder in Paris die Verhandlungen der Schwerindustrie aufgenommen sind und möglicherweise schon bald zu einem vorläufigen Ergebnis führen werden, ist es an der Zeit, sich wenigstens über die wesentlichen Grundlagen dieser Art von „Verständigung“ klar zu werden.

Die Befürworter der Verständigung machen geltend, es herrsche zur Zeit unhaltbare Zustände auf dem internationalen Eisenmarkt dadurch, daß die zu hohe Produktion der verschiedenen Länder zu einem Dumping auf den Auslandsmärkten führe, das sowohl zum Schaden der Rohstoffindustrie ausschlägt, zugleich aber auch die Konzentration der Fertigungsindustrie auf jenen Auslandsmärkten erzwingt, die durch das Dumping der Rohstoffindustrie billiger ihre Konkurrenz beziehen können. In der Beseitigung des Dumpings sind somit Rohstoff- und Fertigungsindustrie in gleicher Weise interessiert — bei der Wahl der Mittel aber dürften sich ihre Wege trennen. Der Weg der Rohstoffindustrie geht zunächst dahin, zu einer kontinental-europäischen Verständigung zwischen den Rohstoffproduzenten zu gelangen, die zunächst lediglich eine Verständigung über die alte Quote, d. h. die Produktionsmenge jedes beteiligten Landes ist. Man will folglich eine zu reichliche Produktion und damit den Druck auf die Preise verhindern; so daß auch diese reine Quotenverhandlung eine direkte Beeinflussung der künftigen Preisbildung bedeutet. Man wird aber damit doch nicht zu der Vermutung kommen dürfen, daß die so vereinbarte Begrenzung der Produktion etwa für die Schwerindustrie eine Verwindung ihres Profits zur Folge haben soll. Solche eine Annahme bei ihr zu vermuten — dazu hat uns die Schwerindustrieindustrie wahrlich bisher keine Veranlassung gegeben! Folglich wird auch mit der so festgestellten beschränkten Produktionshöhe der bisherige Profit mindestens aufrecht erhalten werden sollen, was aber praktisch einer Reduktion des Preises gleichkommt.

Sehen wir einmal voraus, daß das erdachte Ziel der Beseitigung des Dumpings erreicht würde, so darf vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus die Gefahr nicht unterschätzt werden, daß diese Beseitigung auf Kosten eines sehr hohen internationalen Preisniveaus erreicht würde. Das kann nicht im Interesse der Gesamtwirtschaft gelegen sein, da Europa zu einer Stellung dringender der Bedienung der allgemeinen Kaufkraft bedarf. Das ist auch der tiefere Sinn der Forderung nach den Vereinigten Staaten von Europa — die private Verständigung aber läuft dem diametral entgegen, da sie durch fortwährende Preisbedrückung die europäische Kaufkraft mindert.

Wichtiger aber ist noch: Es darf nicht erwartet werden, daß das gesteckte Ziel der Dumping-Überwindung zunächst erreicht wird. Es scheint, daß zuerst nur eine kontinentale Verständigung herbeigeführt werden soll. Große und bedeutende Außenmärkte würden also auch dann noch vorhanden sein, die aus der kontinentalen Vereinbarung zur Produktionsbegrenzung Nutzen zu ziehen trachten würden. Das aber zwingt auch das internationale Kartell und seine Partner zu hartem Kampf. Die Geschichte der Entstehung nationaler Kartelle erzählt uns von Jahrzehnte dauernden schärfsten Kämpfen, bis es schließlich zu einer umfassenden Vereinbarung kam. Diese Kämpfe werden sich nun auf internationalen Rahmen ausdehnen und werden mit allen Mitteln, allen voran auch denen des Dumpings geführt werden! Und die Kosten dieses Ringens? Sie müssen getragen werden von der inländischen Fertigungsindustrie und schließlich vom Verbraucher, denn für das ausländische Dumping würde man sich auf dem Inlandmarkt schloß zu halten suchen. Dieses Ueberwands-Kampfstadium fällt aber zusammen mit einem Zustand der europäischen Wirtschaft, der dringend nach größtmöglicher Rationalisierung verlangt. Der europäische Kontinent mag nun endlich erkennen, daß er um seine Selbstbehauptung kämpfen muß und in solcher Stunde egoistische Gruppeninteressen gegen das größere gesamtwirtschaftliche Interesse zurückzutreten haben.

Siehe aber in der angestrebten Weise das euro-

Dreizehn Politiker gehängt

Remals Galgen-Regiment in der Türkei

Die Angora-Regierung macht mit ihren Widersachern kurzen Prozeß, um ihr schneidiges diktatorisches Regiment in der neuen Türkei zu „befestigen“. Schon wegen des bloßen Versuches, des angeblichen Verlesens eines Attentats auf das Staatsoberhaupt werden Mailentwürfe urteilt gefaßt und die Verurteilten sofort schmachvoll hingerichtet.

S. London, 15. Juli. (Eig. Funknachr.) Nach Meldungen aus Smirna wurde das Todesurteil, das das Gericht gegen dreizehn Politiker wegen Attentatsversuchs gegen die Regierung Kemal Pascha am Dienstag fällte, bereits am Mittwoch morgen durch Erhängen vollstreckt. Unter den Hingerichteten befinden sich die früheren Minister Schükrü-Bei und Mehmed-Bei, General Ruschi-Pascha sowie die Obersten Arif und Rafim-Bei, ferner der Abgeordnete Dschambulati. Die Hinrichtung erfolgte öffentlich in der Stadt an derselben Stelle, wo das angebliche Attentat geplant war. Gendarmerie hatte das ganze Viertel umstellt. Zur Hinrichtung selbst hatten nur wenige Personen Zutritt. Die Leichen blieben den Tag über hängen.

Von den weiteren Angeklagten wurden insgesamt 22 freigesprochen, einer erhielt 7 Jahre Zuchthaus.

Weitere Telegramme bezeugen: Das Gericht tagte zehn Tage lang in einem Kino. Die Urteilsüberlegung im Kino Alhambra dauerte anderthalb Stunde. Das Gericht hatte angenommen, daß „ein Komplott zum Sturz der Regierung“ geplant war, wogegen die Todesstrafe verhängt wurde. Bei der Urteilsverkündung herrschte ungeheure Nervosität in dem Gerichtssaal, der dicht mit Gendarmen und Detektivs besetzt war. Der Freispruch Karahelie-Paschas löste eine lebhafte Ovation im Gerichtssaal aus, die sich auf der Straße fortsetzte, wo die Anhänger der Fortschrittspartei den berühmten General, der sehr beliebt ist, auf ihren Schultern zu seinem Automobil trugen. Die Strafe des Urteils, gegen das keine Appellation zulässig war, erregte die ganze smyrnaische Bevölkerung. Tausende von Menschen warteten vor der Alhambra, bis das Urteil gegen die Fortschrittler verkündet war. Auf ihrem letzten Gange zum Galgen sprachen die Ver-

urteilten kein Wort. Nur Kurtschid, der Diktator seit, erklärte: „Macht schnell! In einem Lande, wo keine Freiheit herrscht, will ich nicht länger leben.“

Die Zerstörung der Münchner Post

B. München 14. Juli. (Eig. Draht.)

Es ist bekannt, daß die verheerende Zerstörung der sozialdemokratischen Münchner Post in der Nacht des Diktator-Bußschicks weder im großen noch in den sogenannten kleinen Diktator-Präzedenzen eine strafrechtliche Sühne gefunden hat, trotzdem sowohl die Anführer als auch die ausführenden Leute genau ermittelt waren. Die Firma Bert & Co. hat, als Firmenträgerin des Postes, deshalb vor einiger Zeit gegen 33 Angeklagte Zivilklage eingeleitet, worauf nunmehr das Landgericht I Urteil erlassen hat. Unter Ausspruch von vier Verurteilungen wurden in dem Urteil

29 als gesamtverbindlich zum Ersatz des nach gerichtlicher Feststellung angerichteten Schadens verurteilt.

Unter den Verurteilten befindet sich unter anderem der berühmte Jagdrevolverhersteller Berthold, der nach dem Diktator-Bußschick ins Ausland geflüchtet war, nach seiner Rückkehr aber sofort wieder die Leitung der von Diktator neu übernommenen Sturmabteilung, genannt Sauphaffel, übernommen hat; ferner die bekannten Führer des Diktator-Strahrs aus dem Jahre 1923, darunter auch der heutige nationalsozialistische Münchner Stadtrat Fickler, von Beruf städtischer Verwaltungsratsmitglied. Wie das Gericht in der Urteilsbegründung feststellte, ergab sich aus den Akten mit voller Sicherheit, daß am jenem 8. November der noch im Ausland befindliche Hauptmann Köhler dem Strahrs Diktator nach 11 Uhr im Garten des Bürgerbräuereis den Befehl erteilt hat, zur Münchner Post zu marschieren und sie zu zerstören. Dieser Befehl ist nach der Überzeugung des Gerichts so laut und allgemein verständlich gegeben worden, daß er jedem der Beteiligten hinreichend bekannt geworden ist. Unter Führung Bertholds setzte sich der Strahrs nach Erhalt des Befehls sofort in Marsch zur Münchner Post. Er bestand aus einer Infanterie-Abteilung, einer Artillerie- und Maschinengewehr-Abteilung und eine Luftschutzwagengruppe, die die Münchner Post im weiteren Umkreis absperrte, worauf nach gewaltsamem Einbringen durch das Wächterpersonal die Zerstörung des Betriebsgebäudes vorgenommen wurde.

Ob von den erkappten Diktator-Strahrs der Diktator, der in die Diktatorabteilung von Karl ging, nun wirklich ersetzt wird, d. h. ob von ihnen etwas zu holen ist, steht auch noch fest; dahin

Sie unsere Frauen

19. 7. 26